

## Teure Sanierungskur für marode Schulen

73 Milliarden Euro müssen bis 2020 investiert werden - Kommunen warnen Bundesregierung vor Kürzungen

Hamburg - Während des Unterrichts an einer Bremer Gesamtschule stört ein regelmäßiges, monotones Platschen die Konzentration der Schüler: Wasser tropft von der Decke in bereitgestellte Eimer. Das Dach ist undicht. Außerdem zieht es ständig - die Fenster sind marode und hätten schon vor Jahren ausgetauscht werden müssen. Und dann fällt im Winter auch noch regelmäßig die Heizung aus. So oder so ähnlich sieht es in vielen deutschen Schulgebäuden aus. Den hoch verschuldeten Kommunen fehlt das Geld. So hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein regelrechter Investitionsstau gebildet. Viele Schulimmobilien müssen dringend saniert werden.

Bis 2020, so schätzt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin, sind kommunale Investitionen von 73 Mrd. Euro für die Sanierung, Instandsetzung und Umbauten von Schulgebäuden im ganzen Land notwendig. Allein für die Erneuerung vorhandener Schulgebäude und deren Ausrüstung sind Investitionen in Höhe von 28,5 Mrd. Euro in Westdeutschland bzw. 6,6 Milliarden Euro in den ostdeutschen Bundesländern notwendig. Daneben sind umfangreiche Maßnahmen für die Erweiterung der IT-Ausstattung, für die energetische Gebäudesanierung sowie Anbauten notwendig. Der Investitionsbedarf in diesen Bereichen wird von den Difu-Forschern für die alten Bundesländer auf 32,3 Mrd. Euro und für die ostdeutschen Länder auf 5,2 Mrd. Euro geschätzt.

Der Investitionsbedarf bei Schulgebäuden ergebe sich dabei nicht aus wachsenden Schülerzahlen, sagt Difu-Sprecherin Sybille Wenke-Thiem. "Hier wird zum Teil von deutlichen Rückgängen ausgegangen. Die Maßnahmen werden aber notwendig, weil die vorhandenen Gebäude oft nicht den wachsenden Anforderungen an moderne Bildungseinrichtungen gerecht werden." So stünden viele der notwendigen Maßnahmen im Zusammenhang mit der baulichen Anpassung der Schulgebäude an die Anforderungen von Ganztagschulen. So müssen Mensen gebaut werden.

Der gute Zustand von Schulgebäuden sei zudem auch wichtig für die Entwicklung der Stadtteile, in denen sie liegen. Schulen seien ein zentraler Schlüssel für eine nachhaltige und soziale Quartiersentwicklung, so die Difu-Forscher. Würden Unterhalt und Erneuerung der Infrastruktur vernachlässigt, führe dies langfristig auch zu höheren Kosten.

Mit dem Konjunkturpaket II unterstützt die Bundesregierung die Kommunen beim Abbau des Investitionsstaus. Ein großer Teil des 40 Mrd. Euro schweren Investitionsprogramms ist für staatliche Investitionen in Schulen, Universitäten und Sportstätten geflossen. Vielerorts werden die Resultate langsam sichtbar. So dominierten in Bremen in den Sommerferien Bauarbeiter das Bild in vielen Schulen. Für insgesamt 60 Mio. Euro wurden viele der maroden Gebäude saniert - 40 Prozent des Geldes stammten von der Bundesregierung, den Rest steuerte der klamme Stadtstaat aus eigenen Mitteln bei.

"In guten Schulgebäuden kann man besser lernen", ist auch das Schulministerium in Nordrhein-Westfalen überzeugt. Bei den notwendigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen wurde dementsprechend Wert auf eine ansprechende Architektur gelegt. Dafür lobte das Ministerium den Schulbaupreis aus und zeichnete seit 2008 mit der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen 20 Schulen damit aus.

Trotz der Erfolge in den letzten Jahren warnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Bundesregierung davor, wie im Sparpaket geplant, die Mittel für die Städtebauförderung drastisch zu kürzen. "Angesichts des nach wie vor hohen Bedarfs wäre es völlig verfehlt, wenn gleichzeitig zum Auslaufen des Konjunkturpakets II auch noch die Städtebauförderung halbiert wird", sagt Ulrich Maly, stellvertretender Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg. Notwendige Maßnahmen wie etwa die energetische Sanierung von Schulen und Kindergärten könnten dann nicht weiter finanziert werden. Maly appelliert an Bundesregierung und Bundestag, die Mittel für die Städtebauförderung nicht zu halbieren, sondern auch im kommenden Jahr in vollem Umfang bereit zu stellen. Schließlich bräuchten die Kommunen langfristige Planungssicherheit. Das Bundesbauministerium lenkte inzwischen ein, und will die Kürzungen neu verhandeln.